

Wir im Kölner Süden



Herzlichkeit ist Trumpf
Veedelskneipen, Brau- und Wirtshäuser wandeln sich – was sie ausmacht erzählen Stammgäste und Wirte S. 32

RODENKIRCHEN INNENSTADT

VERKEHR

Information zum Bewohnerparken in Bayenthal

Bayenthal. Das Amt für Straßen und Verkehrstechnik informiert über die Pläne zum Bewohnerparken in Bayenthal. Am Montag, 9. April, lädt Amtsleiter Klaus Harzendorf zu einer Abendveranstaltung von 18 bis 20 Uhr im Irmgardis-Gymnasium, Schillerstraße 98-101, ein. Seine Mitarbeiter präsentieren ihr Konzept, beantworten Fragen und nehmen Anregungen auf. Die Bezirksvertreter in Rodenkirchen hatten die Veranstaltung beschlossen als Voraussetzung für ihr Votum. Sie entscheiden anschließend über das Konzept.

Das Amt plant zwischen Rheinuferstraße, Bonner Straße, Gürtel und Schönhauser Straße Parkautomaten aufzustellen. Für Anwohner gibt es Parkausweise. Angestellte der Büros im Viertel und andere Pendler, die tagsüber Parkplätze brauchen, müssen sich künftig Alternativen suchen oder bezahlen. Künftig sollen auf allen Bürgersteigen mindestens 1,70 Meter für Fußgänger frei bleiben. Wo das mit den gültigen Regelungen derzeit nicht der Fall ist, sollen Parkplätze wegfallen. (pjh)

Der Himmel über Sürth



der Kölner Süden aus der Luft fotografiert von Inge Swolek

KOMMENTAR

Zum Streit im Kunsthaus Rhenania

Neuanfang verhindert

KSTA-STADTTEILE@DUMONT.DE

Eine fast unüberschaubare Gemengelage von Interessen, offener Streit und sicher auch persönliche Eitelkeiten sind mit der Vermietung der Ausstellungshalle im Kunsthaus Rhenania verbunden. Das hat die Mehrheit der Mitglieder im Kulturausschuss aber nicht davon abgehalten, sich klar auf eine Seite zu stellen und damit zugleich einen Neuanfang zu verhindern. Der wäre jedoch bitter nötig gewesen.



VON PHILIPP HAASER

Dass die Politik beschlossen hat, dem Verein der Künstler im Haus die Halle zu vermieten und damit in das laufende Geschäft der Verwaltung eingegriffen hat, lässt sich gegen die Kritik der Opposition sicher rechtfertigen. Schließlich fließen Fördergelder in die Halle, und die Förderung der freien Kunstszene ist ein erstrebenswertes Ziel für eine Stadt wie Köln. Dass die Einwände des Kulturamtes allerdings einfach übergangen werden, verheißt nichts Gutes.

Absehbar besteht die Gefahr, dass der Verein mit Finanzierung und Organisation der Halle schnell wieder überfordert sein könnte. Woher dann die Unterstützung kommen soll, ist völlig unklar. Aus Sicht des Vereins hat das Kulturamt jedes Vertrauen verloren. Und auch von der HGK ist nicht zu erwarten, dass sie zur Lösung beiträgt. Eine Ausschreibung, verbunden mit einem Mitspracherecht für den Verein bei der Vergabe, hätte die Gelegenheit für einen Neuanfang geboten. Die wird nun so schnell nicht wieder kommen.

Streit unter Künstlern wird zum Politikum

FREIE SZENE Kulturausschuss greift in die Vergabe der Ausstellungshalle im Rhenania ein

VON PHILIPP HAASER

„Die größte Ausstellungshalle der freien Szene in städtischer Hand“: So ordnet das Kulturamt die Bedeutung der Halle im Kunsthaus Rhenania ein. Und allein die Formulierung macht schon deutlich, dass es sich um ein kompliziertes Konstrukt handelt. In einer Sondersitzung des Kulturausschusses beschloss nun eine Mehrheit aus CDU, Grünen und FDP, die Halle wieder an die Künstler im Haus zu vermieten – ohne Ausschreibung. Sie stellen sich damit gegen das Kulturamt, dass mit einer Ausschreibung „künstlerische Qualität und ein kompetentes und zukunftsorientiertes Management“ für die Halle sicherstellen wollte.

Amtsleiterin Barbara Förster hatte das bereits vorbereiten lassen – vergebens. „Das ist laufendes Geschäft der Verwaltung“, sagte Eva Bürgermeister, SPD-Ratsfrau und Vorsitzende des Kulturausschusses. Sie kritisiert die „Vergabe auf Zuruf“. SPD und Linke stimmten gegen die direkte Vergabe. Hintergrund ist auch ein Streit unter den Nutzern des Kunsthauses. Es geht um Besitzansprüche und die Furcht vor der Kommerzialisierung.

Um welches Gebäude geht es?

Das Kunsthaus, ein ehemaliger Getreidespeicher am Rande des Rheinauhafens, gehört der HGK, der städtischen Hafengesellschaft. Sie vermietet die 44 Ateliers im Haus an freischaffende Künstler, darunter die weltweit erfolgreiche Performance-Künstlerin Angie Hiesl. Seit 1987 gibt es das Kunsthaus. „Was als Alternative zum abgerissenen Kulturzentrum Stollwerck begann, entwickelte sich zu einem zentralen Ort für freie

Kunst- und Kulturschaffende“, schreibt die Rheinauhafenverwaltung auf ihrer Webseite. Im Mittelpunkt des aktuellen Streits steht die Ausstellungshalle im Gebäude. Die Miete dafür wird von der Stadt mit rund 15 000 Euro im Jahr subventioniert.

Was ist die Vorgeschichte?

Seit 2008 mietet die Stadtverwaltung die Halle von der Stadtwerke-Tochter HGK für 2800 Euro monatlich, um sie für 1000 Euro an die Künstler unterzuvermieten – bis 2016 an den Verein „Bayenwerft Kunsthaus Rhenania“. Dann wurde der Vertrag nicht mehr verlängert. Neben der Miete, die mit Veranstaltungen oder durch Fördergelder erwirtschaftet werden muss, war offenbar auch die Vermietung an externe Künstler ein Problem. Zuletzt sollten sich Kuratoren im Auftrag des Vereins um

Programm und Finanzierung kümmern. Der vorerst letzte von ihnen, André Sauer, übernahm nach dem Rückzug des Vereins 2016 den Mietvertrag mit dem Kulturamt. Im Juni endet dieser und geht nun offenbar an den Verein, der die Hälfte der Künstler im Haus vertritt, zurück.

Welche Probleme gab es beim Betrieb der Halle?

Die ersten beiden Kuratoren verließen den Posten nach wenigen Monaten – wegen Differenzen mit der Vereinsführung. Es ging offenbar um Budgetfragen, aber auch um den persönlichen Umgang miteinander. André Sauer, der sich einen Namen mit dem King Georg am Ebertplatz gemacht hat, hielt es länger aus. Er versteht seine Aufgabe als Kulturmanager, schaffte Fördergelder ran, organisierte kommerzielle Veranstaltungen und

holt externe Künstler in die Halle. Das Kulturamt lobt seine Arbeit. Der Vereinsvorstand hat sich mit ihm heillos zerstritten. Er klagt, dass nicht mehr alle Künstler Zugriff auf die Halle hätten. Die Künstler im Haus sind gespalten. Ein Teil stellte sich in einem Brief an die Ausschussmitglieder hinter Sauer. Letztlich geht es wohl auch um die Frage, wie viel Professionalität die freie Szene braucht und ab wann der wirtschaftliche Druck zur Einschränkung wird. Gregor Zootzky vom Vereinsvorstand befürchtet einen durch kommerziellen Druck getriebenen Wandel: weniger Ateliers, stattdessen Raum für Galerien und Cafés.

Welche Vorschläge gab es?

Nach einem Gespräch mit den Künstlern im Februar sprach das Kulturamt von einem erreichten Konsens, der in der angestrebten

offenen Ausschreibung bestand. Darauf hätten sich sowohl der Verein als auch Sauer bewerben können. Die Konditionen dafür hatte das Amt bereits formuliert. Danach hätte „die kulturelle Nutzung im Vordergrund stehen“ und zugleich ein wirtschaftlich tragfähiges Konzept vorgelegt werden sollen. Im Großen und Ganzen orientierten sich die Bedingungen an der Praxis der vergangenen Jahre.

Warum griff die Politik ein?

„Der Showroom soll von den Künstlern selber verwaltet werden“, sagt Brigitta von Bülow von den Grünen. Der Verein habe inzwischen ein tragfähiges Konzept vorgelegt. „Sie haben jetzt die Chance zu zeigen, dass sie das hinkriegen“, sagt von Bülow. Dem Vernehmen nach hat die Verwaltung aber nicht unerhebliche Zweifel an der Zuverlässigkeit geäußert. Über die hat sich Schwarzwald im Kulturausschuss – mit Hilfe der FDP – hinweggesetzt.

Welches Interesse hat die HGK?

Mit dem Kunsthaus die freie Szene zu fördern, ist zumindest das erklärte Ziel. Ein Beirat berät die HGK bei der Entscheidung, wer die Ateliers mieten darf. Wer zur Kunstszene zählt, ist recht weit gefasst. Zu den aktuellen Mietern gehören eine TV-Firma und ein Tätowierstudio. Zwischenzeitlich nutzte die Karnevalsband „Die Paveier“ Räume. Übereinstimmend formulieren Beteiligte den Eindruck, dass das Unternehmen mit dem bisherigen Mietvertrag für die Halle unzufrieden ist. Das Kulturamt konnte ihn neulich aber dennoch um zwei Jahre verlängern – zu gleichbleibenden Konditionen. Wie es 2020 weitergeht, ist offen.



Ausstellung im Kunsthaus Rhenania

Archivfoto: Goyert

BESCHLUSS

Sürther Fest mit verkaufsoffenem Sonntag

Sürth/Rodenkirchen/Südstadt. Das Sürther Marktplatzzfest wird mit einem verkaufsoffenen Sonntag verbunden. Der Termin ist einer von zehn Sonntagen, die die Stadtverwaltung dem Rat zur Genehmigung vorschlägt und im Bezirk Rodenkirchen zugleich auch der einzige. Die Rodenkirchener Bezirksvertreter schlossen sich der Aufstellung mehrheitlich an.

Nach einem Gerichtsurteil sind verkaufsoffene Sonntage nur zulässig, wenn der Anlass mehr Besucher anzieht als die Ladenöffnung. Für Sürth sei das nachgewiesen, das Marktplatzzfest in seiner sechsten Ausgabe „ein gut angenommenes, traditionelles Fest“, urteilt die Stadt. Die Anträge der Geschäftsleute aus Rodenkirchen, Godorf und aus der Südstadt wurden allesamt abgelehnt. Betroffen sind etwa verkaufsoffene Sonntage während der Rodenkirchener Kunstmeile, der Lifestyletag, das unter anderem von Ikea mitbeantragte Laternenfest in Godorf, der Krippenweg und der Kulturherbst in der Südstadt. (pjh)